



Österreich



Wahlen 2008: Alles gleich, alles anders?

Über die GewinnerInnen und die VerliererInnen der vergangenen Nationalratswahlen: SPÖ und ÖVP erhielten die erwartete Ohrfeige, das rechtsextreme Lager profitierte von der Pleite der Großen Koalition. Die LINKE erzielte zwar nur ein schwaches Ergebnis, hat aber eine gute Arbeitsbasis geschaffen.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Kampf gegen Betriebsschließungen

Die SLP hat sich, im Rahmen des LINKE-Wahlbündnisses, in den letzten Wochen an Kämpfen gegen Betriebsschließungen beteiligt – konkret etwa bei den Glanzstoffwerken und zwei Halleiner Betrieben.

SEITE 3

Schwerpunkt



Finanzkrise: Wer soll das bezahlen?!

VORWÄRTS berichtet über die Hintergründe der aktuellen Finanzkrise, diskutiert die Gegenkonzepte der etablierten Politik und skizziert Alternativen zu den vorgeschlagenen Lösungen.

SEITEN 4/5

Internationales



Krise am Kaukasus

Der jüngste militärische Konflikt zwischen Russland und Georgien hat wieder einmal die konfliktträchtige Situation des Kaukasus in den Fokus des öffentlichen Interesses treten lassen. Was steckt dahinter – und wie kann es weiter gehen?

SEITE 7

Das rechte Lager ist so stark und gefährlich wie nie zuvor:



Jetzt aktiv gegen den Rechtsruck!

Nicht nur die Finanzmärkte brechen im Herbst 2008 zusammen; und schaffen so eine lange nicht da gewesene Vertrauenskrise in den Kapitalismus. SPÖ und ÖVP bringen es nur mehr auf knapp über 50 % der abgegebenen Stimmen. FPÖ und BZÖ sind stark wie nie. Und dem Tod Jörg Haiders könnte nun sogar eine neue Einigkeit der Rechten folgen ...

von John Evers, SLP-Wien

Bezieht man jene mit ein, die nicht zur Wahl gingen, liegt der Wert der beiden "Großparteien" bei unter 40%. Die "etablierte Politik" und ihre Vertreter wurden am 28.9. abgewählt. Das BZÖ ist zwar nach Haiders Tod völlig kopflös. Unter Führung der FPÖ scheint aber das Zusammenrücken des rechten Lagers, das stark und extrem wie nie zuvor seit 1945 ist, heute ein Stück wahrscheinlicher geworden zu sein. Von den kleinen Listen schaffte demgegenüber keine einzige auch nur einen Achtungserfolg. Gerade die beiden linken Kandidaturen (KPÖ und LINKE) schnitten sehr schwach ab (siehe S. 2).

Wie "rechts" ist Österreich?

Bereits 1999 erhielt die FPÖ 26,9% und wurde zur stärksten rechtsextremen Partei Europas. Durch ihre Regierungsbeteiligung, die massive Angriffe auf ArbeitnehmerInnen brachte, verlor sie stark und es kam zur Spaltung in FPÖ und BZÖ. Natürlich ist die neuerliche Stärkung von FPÖ und BZÖ auch Ausdruck bestehender rassistischer Tendenzen in der Gesellschaft bzw. in der ArbeiterInnenklasse. Ebenso hat das Ergebnis die Gefahr von rechtsextremen Aktionen und Übergriffen - wie sie am Rande von FPÖ-Kundgebungen im Wahlkampf laufend vorkamen - erhöht. Doch gleichzeitig bleibt das

Hauptmotiv, für FPÖ und BZÖ zu votieren, der Protest gegen die Etablierten und die Politik der letzten Jahre.

Vor allem die FPÖ setzt heute immer stärker auf soziale Themen, gibt sich zumindest kapitalismuskritisch. Selbstverständlich stehen FPÖ und BZÖ für Sozialabbau der übelsten Sorte; das hat das "3. Lager" 2000-06 als Regierungskraft zur Genüge bewiesen. Ist es also nicht vor allem Ausdruck einer Haltung a la "Es ist eh schon wurscht", wenn zumindest Teile der ArbeiterInnenklasse und der Jugend (mangels sichtbarer Alternativen) mit einer Stimme für BZÖ/FPÖ protestieren?

Von den Parlamentsparteien ist kein Widerstand gegen rechts zu erwarten

Tatsache ist, dass schon bisher die "Ausgrenzung" gegenüber FPÖ und BZÖ und vor allem ihren Inhalten nicht existiert(e). Die ÖVP war im Wahlkampf bemüht, dieses Lager in punkto Ausländerfeindlichkeit zu überbieten. SPÖ und Grünen haben in vielen Personal- und Sachfragen im Parlament ungeniert mit der FPÖ paktiert. Über Jörg Haider ergehen sich nun alle Parlamentsparteien in regelrechten Huldigungen. Diese Anpassungstendenzen gegenüber der (gestärkten) Rechten werden im Parlament noch zunehmen. Abgesehen von der direkten Kooperation mit FPÖ und BZÖ: SPÖ, ÖVP aber auch die Grünen

stehen für eine "etablierte Politik"; eine Politik der Belastungen, des Postenschachers und ohne Lösungen für die brennenden Bedürfnisse und Probleme. Sowohl eine "große", wie eine "Kenia"-Koalition (SPÖ-ÖVP-Grüne) wären aber die besten Garanten für einen weiteren Aufschwung von BZÖ und FPÖ. Im Rahmen dieser "etablierten Politik" wird das Problem des Rechtsrucks nicht gelöst werden. 1999 gab es eine monatelange "Widerstandsbewegung" gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ - zehntausende sind jede Woche auf die Strasse gegangen. Die Regierung hat das nicht gestürzt. Die SLP hat schon damals zum Aufbau einer neuen Partei links von SPÖ und Grünen aufgerufen. Wir haben betont, dass es soziale Bewegungen und Kämpfen und Streiks in den Betrieben gegen die Angriffe der Regierung braucht, um diese los zu werden.

Gerade jetzt: Linke Alternative aufbauen

Die Krise des Kapitalismus - mit sozialen Konsequenzen in noch nicht absehbarer Dimension - wird auch bei uns Protest und Gegenwehr hervorrufen. Wir unterstützen nicht nur jeden Widerstand, sondern werden die Notwendigkeit einer organisierten Kraft, einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche thematisieren.

Wir meinen, dass der Kampf gegen die erstarkte und immer gefährlichere

Rechte untrennbar mit Kämpfen gegen den Angriff auf den Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen und Jugendlichen verbunden sein muss. Rassismus wird nicht primär durch gute Argumente oder nette Feste bekämpft. Notwendig ist der gemeinsame Kampf gegen Betriebsschließungen und Lohndumping - dabei sehen ArbeitnehmerInnen, dass nicht ausländische KollegInnen das Problem sind, sondern die Unternehmer und das kapitalistische System.

Dass auch anderswo endlich der Druck in diese Richtung wahrgenommen wird, zeigt eine Aussage des prominenten KPÖ-Steiermark-Politikers Ernest Kaltenecker nach der Wahl. Er stellt ebenfalls ein wachsendes Bedürfnis nach einer neuen "linken Alternative" fest. Wir meinen: Nicht länger zuwarten - packen wir es gemeinsam an! Praktische Schritte in diese Richtung können Kandidaturen sein, auch wenn sie stimmenmäßig auf niedrigem Niveau abschneiden. Wichtig ist es jetzt - überall wo es geht - gemeinsam gegen Rechtsruck und (künftigen) Sozialabbau zu mobilisieren. Es gilt aber auch die Frage nach grundlegenden (unserer Meinung nach sozialistischen) Alternativen aufzuwerfen. Themen, die Menschen unter den Nägeln brennen und Antworten erfordern, welche die Rechten nicht haben, gibt es mit der Finanzkrise, der Teuerung oder den zahlreichen Betriebsschließungen genug.

Der Standpunkt

Wir trauern...



von Sonja Grusch,
SLP-
Bundessprecherin

Am 11. Oktober 2008 ist Jörg Haider, der Ziehvater des österreichischen Rechtsextremismus, gestorben. Zweifellos war Haider ein wichtiger Politiker – aber einer, auf den viele gerne verzichtet hätten. Denn in der allgemeinen „Betroffenheit“ wird offensichtlich ganz vergessen, worin seine Bedeutung in der österreichischen und internationalen Politik gestanden hat: nämlich darin, den Rechtsextremismus wieder Salonfähig zu machen und zu stärken. Es darf nicht vergessen werden, dass Haider lange Zeit (und vor Strache) rassistische Stimmung gegen MigrantInnen geschürt hat. Dass er keine Berührungsgänge nach rechts und ganz rechts hatte. Dass die restriktiven Ausländergesetze, die es heute gibt, nicht zuletzt das Ergebnis einer rassistischen Grundstimmung in der Politik sind, die Haider maßgeblich mit aufgebaut hat.

Wir betrauern...die MigrantInnen die wegen Haider rassistischer Politik zu Verbrechen stigmatisiert, abgeschoben und ausgegrenzt wurden.

Wir betrauern...die Jugendlichen und MigrantInnen, die von Neonazigruppen attackiert werden, die sich im Umfeld von FPÖ und BZÖ aufbauen konnten.

Wir betrauern...die Kärntner SlowenInnen, die immer noch auf zweisprachige Ortstafeln warten.

Wir betrauern...die Studierenden, die dank Haider-FPÖ/BZÖ in der schwarzblauen Regierung Studiengebühren zahlen mussten.

Wir betrauern...die PensionistInnen, die dank derselben Regierung nun eine niedriger Pension erhalten und deren 2. und 3. Säule der Pensionsvorsorge gerade auf den Finanzmärkten zerbröckelt.

Wir betrauern...die Opfer des Nationalsozialismus die durch Haider Verharmlosung des 3. Reiches („Straflager“ für KZ, „Ordentliche Beschäftigungspolitik“) ein weiteres Mal verletzt wurden.

Wir betrauern... die – Mehrheit – der KärntnerInnen, die nun eine quasi Staatstrauer über sich ergehen lassen müssen, obwohl sie Haider nicht unterstützt und nicht gewählt haben.

Wir sind nicht bereit, aus falsch verstandener Pietät auf Kritik an Haider zu verzichten. Vor allem deshalb nicht, weil sein Tod ein neues Kapitel im Rechtsextremismus aufschlagen kann: die Wiedervereinigung von FPÖ und BZÖ zur dann vielleicht bei Wahlen stärksten Partei. Einer bedrohlichen rechtsextremen Kraft an deren Haider zentral mitgewirkt hat.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und
Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei
Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Nationalratswahl 2008: Alles gleich und alles anders

Die Wahlen am 28. September waren eine ordentliche Ohrfeige für SPÖ und ÖVP. Das rechte Lager ist massiv gestärkt und erhält fast 1/3 der Stimmen. Kleinere Listen sind geschwächt (Grüne) oder marginalisiert (LiF). Linke erhalten wenig Stimmen – bauen aber weiter auf.

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Der große Schock des Wahlabends war die Stärkung der extremen Rechten, von FPÖ und BZÖ. Grundlage dafür war die Politik von SPÖ und ÖVP in den letzten Jahren. Und zwar nicht das "Gestreite", wie uns Medien und AnalystInnen weiß machen wollen, sondern ihre Politik. Immer abgehobener von den Bedürfnissen haben sie Verschlechterungen für uns alle beschlossen. Die ÖVP wurde für ihre Arroganz und Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Menschen – insbesondere angesichts sozialer Verschlechterungen – abgestraft. Der SPÖ gelang es durch soziale Rhetorik, der kaum soziale Taten folgen werden, den Platz eins zu halten – trotz massiver Stimmenverluste.

Dass Menschen über die etablierten Parteien sauer sind ist verständlich. Dass sie deswegen die extreme Rechte wählen ist ein Ausdruck für das Fehlen einer linken Alternative. Diese aufzubauen ist Ziel der AktivistInnen des Wahlbündnisses LINKE. Aber dass sie es bei dieser Wahl (noch nicht) war, wussten wir im Vorhinein.

LINKE-Kandidatur: (kleiner) Schritt in die richtige Richtung

Schon bei der Gründung der Wahlplattform LINKE am 19. Juli wurde uns von manchen erklärt, wie falsch unser Projekt wäre. Diese fühlen sich durch das schwache Abschneiden bestätigt. Tatsächlich gab es aber keine Alternative zum Antreten.

Das Stimmenergebnis der

LINKE blieb hinter den Erwartungen zurück. Zwar war uns klar, dass es nicht möglich ist, das Potential von 5-10%, das es für eine neue linke Kraft gibt, bei dieser Wahl abzuschöpfen, aber wir hatten



doch auf eine Stärkung der linken Stimmen insgesamt (LINKE und KPÖ) gehofft. Das war letztlich nicht der Fall. Aber anstatt Schuldzuweisungen (riskantes Projekt, falsches Programm, falscher Wahlkampf...) ist eine Analyse der Rahmenbedingungen notwendig. Tatsache ist, dass alle kleineren Listen – unabhängig von ihrer Medienpräsenz und ihrer Geldmittel (LiF!) – marginalisiert wur-

den. Tatsache ist, dass die Linke insgesamt (LINKE und KPÖ) Stimmen verloren hat. Tatsache ist, dass es auch bei der LINKE keine herausragenden Einzelergebnisse gibt, die Rückschlüsse auf einen "guten" oder "schlechten" Wahlkampf zulassen. Tatsache ist, dass die Polarisierung und Kampagnisierung der etablierten Parteien es für kleinere Listen schwierig gemacht hat. Angesichts der drohenden – und dann auch eingetretenen – Stärkung der Rechten hat auch das Argu-

solche neue Kraft wollen. Und auch viele, die sich aktiv am Aufbau beteiligen wollen. Falsch sind Behauptungen, die Kandidatur hätte einem solchen linken Projekt geschadet. Denn WIE verläuft der Aufbau einer solchen neuen Kraft? Nicht am Reißbrett nach einem Schema F. Diverse schon existierende solcher neuen Formationen zeigen die unterschiedlichsten Wege dorthin an.

Richtig ist aber, dass eine neue, starke linke Partei nicht unabhängig von sozialen Be-

alitionen ist bei Redaktionschluss noch offen. Ob Große Koalition oder eine andere Zusammenarbeit mit Unterstützung aus dem rechten Lager – sie werden vor dem Hintergrund einer kommenden Wirtschaftskrise agieren. Das macht jede kommende Regierung instabil, da sie ständig mit dem Schielen auf die kommenden Wahlen in der Regierung Wahlkampf wird betreiben müssen, um von den Angriffen auf die ArbeitnehmerInnen abzulenken. Wie die kommenden Angriffe genau aussehen werden, ist noch offen, dass sie kommen werden gewiss – und dass sie drastisch sein werden auch. Zu erwarten sind eine "Gesundheitsreform" mit ev. höheren Selbstbehalten, Leistungskürzungen und einem schlechteren Angebot in Spitälern. Zu befürchten sind weitere Kürzungen bei den künftigen Pensionen. Weitere Verschlechterungen bei Arbeitszeit, Einkommen uvm. Während in den 1990er Jahren noch breit akzeptiert wurde dass "wir alle den Gürtel enger schnallen müssen" zog die "wir können uns das nicht leisten" Propaganda der ÖVP nun überhaupt nicht. Jeder/m war klar, dass eine Reihe von Wahlzuckerln beschlossen wurden, kaum jemand lies sich dadurch zum Wählen einer Partei bringen, aber die Stimmung war: "Freiwillig gebt ihr uns ohnehin nie etwas, also nehmen wir jetzt mal, was wir kriegen können." Das spiegelt die soziale Polarisierung und den Wunsch nach etwas neuem wieder.

Zur Zeit kann nur die Rechte diesen Wunsch nach einer Ohrfeige fürs Establishment bedienen. Gerade unter jungen WählerInnen, die ja die Haupt-Leidtragenden der Verschlechterung des Lebensstandards sind, hat die FPÖ besonders gut abgeschnitten. Das liegt v.a. daran, dass es auf der Linken diesmal keine starke Alternative zur Wahl gestanden ist.

Weiter machen

Die LINKE war ein Wahlprojekt von Menschen, die längerfristig eine neue linke Kraft aufbauen wollen. Daher geht es auch nach dem 28.9. weiter. Ein höheres Stimmenergebnis hätte das vielleicht leichter gemacht, aber an der grundsätzlichen großen Aufgabe, die vor uns liegt, nichts geändert. Die Notwendigkeit einer neuen linken Kraft ist überdeutlich. Die SLP schlägt daher der LINKE eine Kampagne für eine Lohnerhöhung von mindestens 8% bei den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen vor. Und wir werden Aktionen gegen FPÖ&Co organisieren. Denn der Aufbau der LINKE hat gerade erst begonnen.

ment vom "kleineren Übel" wieder gegriffen. Eine echte Mobilisierung ist im wesentlich auf Seiten der Rechten gelungen. Grüne, LiF, KPÖ, LINKE haben nur ihr unmittelbares Stammpotential zur Urne gebracht. Die LINKE wurde dabei als schwächstes Glied geradezu pulverisiert. Wir verstehen, wenn Menschen aus Angst vor der FPÖ wieder die SPÖ gewählt haben. Wir sind aber überzeugt, dass die SPÖ keine Barriere für ein weiteres Erstarken des Rechtsextremismus darstellt. Da sich ihre soziale Rhetorik wieder nur als Stimmenfang herausstellen wird, wird eher das Gegenteil der Fall sein.

Ein Fehler wäre gewesen, nicht zu kandidieren

Eine Kandidatur wäre dann falsch gewesen, wenn es uns nur um Stimmen und den Einzug ins Parlament gegangen wäre. Doch das war niemals der Fall. Die SLP und andere AktivistInnen der LINKE haben vom ersten Tag an betont, dass die Kandidatur ein Schritt im Aufbau einer neuen Formation links von SPÖ und Grünen ist. Wir haben beim Unterstützungserklärungen-Sammeln und beim Wahlkampf viele getroffen, die eine

wegungen und Klassenkämpfen entstehen wird. Viele nehmen dieses – an sich richtige Argument – als Ausrede, warum sie sich jetzt (noch?) nicht an Schritten in diese Richtung beteiligen wollen. Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, passiv darauf zu warten, dass "etwas passiert". Gerade in Österreich ist aufgrund der langen Tradition der Stellvertreterpolitik und der fehlenden Erfahrungen mit Klassenkämpfen die Entstehung von sozialen Bewegungen und Streiks erschwert. Linke können daher bei ihrem Zustandekommen und ihrem Verlauf eine zentrale Rolle spielen. Es gibt daher eine notwendige Wechselwirkung zwischen der politischen Arbeit in den Gewerkschaften, für eine kämpferische Politik und der Beteiligung an Schritten zum Aufbau einer neuen politischen Kraft. Konkret zeigt sich das daran, dass die LINKE aktiver Teil der Bewegung gegen die Schließung der Glanzstoff in St. Pölten ist und mit Kazim Yildirim ein betroffener und aktiver Kollege bei der LINKE kandidiert hat.

LINKE notwendiger den je

Die Form der künftigen Ko-

Das LINKE-Wahlergebnis: 2.138 Stimmen (0,044 %)

Die LINKE ist in Wien, Salzburg, Oberösterreich, dem Burgenland und Tirol angetreten.

Dazu ein Kommentar der uns per Mail erreichte:

"Ich wollte euch auf diesem Wege nur zum Antreten bei der Nationalratswahl gratulieren. Meine Stimme habt ihr bekommen – nachdem ich bis jetzt mein ganzes Leben lang immer für's kleinere Übel (sprich, grün) gewählt habe, war es diesmal einmal an der Zeit, aus Überzeugung zu wählen. Nach dem was man in den Nachrichten so liest, mit dem größten Rechtsruck in Österreich seit Ewigkeiten und dem Kapitalismus der sich grade selbst auffrisst, war das ja wohl auch die richtige Entscheidung. Ich studiere seit ein paar Monaten in Australien, und vor ein paar Tagen hat hier eine Politikwissenschaftlerin in einem Interview im nationalen Sender ABC gemeint es wäre angesichts der aktuellen Weltlage vielleicht an der Zeit den Kapitalismus zu hinterfragen und über Alternativen nachzudenken. Was sagt man dazu."

Viel Erfolg weiterhin und schöne Grüße aus Sydney!"

Name der Redaktion bekannt

Glanzstoff, M-REAL, Johnson & Johnson

SLP kämpft im Rahmen der LINKE gegen Betriebsschließungen

von Nora Brandes, SLP NÖ und Jan Rybak, SLP Salzburg

Glanzstoff:
"Die Belegschaft wurde vom ÖGB im Stich gelassen"

In St. Pölten stehen über 300 ArbeiterInnen vor der Kündigung. Unter dem Vorwand angeblich unerfüllbarer Umweltauflagen will der Eigentümer Gruppe die Produktion in ein Land mit niedrigeren Löhnen und weniger umweltrechtlichen Auflagen auslagern. Eine Gruppe von ArbeiterInnen gründete die Plattform "Pro Glanzstoff", die Aktionen setzte, um für den Erhalt des Werkes zu kämpfen. So sammelten die ArbeiterInnen tausende Unterschriften und organisierten Kundgebungen. Sie setzten auf eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft. Doch dem ÖGB ist das Thema nicht einmal einer Stellungnahme auf seiner Homepage wert. Anstatt die ArbeiterInnen zu mobilisieren, versuchte der Betriebsrat die ArbeiterInnen von "Pro Glanzstoff" immer wieder hinzuhalten. So lud er etwa zu einer Betriebsversammlung - die nur auf Druck von "Pro Glanzstoff" zustande gekommen war - zum Ärger der ArbeiterInnen das Management ein. Dieses beanspruchte die Hauptzeit und die ArbeiterInnen hatten keine Möglichkeit ihr eigenes Vorgehen unter Ausschluss des Managements zu besprechen.

"Pro Glanzstoff" organisierte daraufhin eine Demonstration zur St. Pöltner-ÖGB-Zentrale.

Im Aufruf von "Pro Glanzstoff" hieß es u.a.: "Wir sehen es als Aufgabe der Gewerkschaft - ohne Rücksicht auf die sonstigen Gewinninteressen von Firmeneigentümern und Politik - für die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu kämpfen. Sozialpläne auszuhandeln ist zu wenig! Es sollte auch die Aufgabe sein, die Arbeitsplätze und ein funktionierendes Werk zu erhalten!"

Doch auch dieser Versuch, den ÖGB aufzuwecken war leider vergebens.

Während die ÖGB-Führung im sozialpartnerschaftlichen Trott blieb, erhielten die ArbeiterInnen Unterstützung von engagierten Einzelpersonen und der LINKE. Doch die Hinhaltenaktik der Gewerkschaft hat dazu geführt, dass es mittlerweile recht aussichtslos scheint, das Werk noch zu retten. "Pro Glanzstoff" hat sich inzwischen aufgelöst. Da die Gewerkschaft es verabsäumt hat, kollektiven Widerstand zu organisieren, sind viele Arbeiter in Krankenstand gegangen - eine letzte Form des individuellen Protests. Grupp hat die Produktion mittlerweile heruntergefahren, die ArbeiterInnen müssen allerdings weiterhin "arbeiten" gehen.

Glanzstoff hat gezeigt, wie nötig ein kämpferischer und demokratischer ÖGB ist. Gerade angesichts der beginnenden Krise werden viele Verschlechterungen auf uns zukommen. Um Personalabbau und Werkschließungen zu verhindern, muss der ÖGB seine Aufgabe, die Interessen

seiner Mitglieder offensiv zu vertreten, endlich wahrnehmen. Von der Schließung bedrohte Betriebe müssen von der öffentlichen Hand übernommen werden und unter der Kontrolle der Belegschaft weitergeführt werden. Eine umwelttechnische Sanierung der Glanzstoff soll durch das Vermögen von Grupp finanziert werden, er hat jahrelang millionenschwere Gewinne gemacht. Da auf die ÖGB-Führung jedoch kein Verlass ist, ist es notwendig, kämpferische und demokratische Strukturen innerhalb der Gewerkschaft aufzubauen, die sich nicht nur damit begnügen, die Gewerkschaftsspitze zum Handeln aufzufordern, sondern die auch selbst aktiv Widerstand organisieren.

LINKE Aktionen gegen Kündigungen in Hallein

In der Region Hallein wurden in den vergangenen 15 Jahren schon über 1.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Schließungs- und Entlassungswelle geht weiter. Die Gewerkschaft zieht sich mit dem Verhandeln von Sozialplänen aus der Affäre und versucht nicht einmal die Arbeitsplätze zu verteidigen.

Fall 1: Die Tamponfabrik von Johnson & Johnson bei Hallein schließt mit März 2009. Trotz Rekordgewinnen - von 2003 bis 2006 wurden 32 Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet - trotzdem wandert das Werk ab. 150 ArbeiterInnen stehen auf der Straße. Zynismus pur: Den

ArbeiterInnen wurden Jobs im Johnson & Johnson-Werk in Wuppertal (Deutschland) als Ersatz angeboten.

Fall 2: Die Papierfabrik M-Real ist mit 700 ArbeiterInnen immer noch der zweitgrößte Arbeitgeber in Hallein. Desto größer ist der Schock für die Beschäftigten nach der Ankündigung des Mutterkonzerns den Standort Hallein aufzugeben und über 500 ArbeiterInnen zu entlassen. Hintergrund ist der Verkauf des Geschäftsbereichs Graphic Papers an den südafrikanischen Konzern Sappi Limited. Die Halleiner ArbeiterInnen sollen als Bauernopfer für die stattfindende Marktberichtigung im Papiersektor erhalten. Schon Anfang der 1990er Jahre gab es Proteste gegen die Schließung des Werks. Schon damals waren SLP-Mitglieder vor Ort, die die KollegInnen aktiv unterstützt haben und geholfen haben Widerstand zu organisieren.

Die sich vertiefende Finanzkrise und der sich abzeichnende Konjunkturunbruch haben immer größere Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Opfer sind die KollegInnen in den betroffenen Betrieben. Die SLP wird sich aktiv darum bemühen Druck auf den ÖGB auszuüben, damit die Arbeitsplätze verteidigt werden. Wir werden die betroffenen KollegInnen bei allen Aktionen unterstützen.

Die SLP setzt sich dafür ein, dass Aktionen gegen Betriebsschließungen ein wichtiger der LINKE-Kampagne sind.



"Wir brauchen eine Alternative"

KAZIM YILDIRIM, Arbeiter bei der Glanzstoff und Aktivist von "Pro Glanzstoff", Kandidat der LINKE:

VORWÄRTS: Wie ist die Stimmung unter den Arbeitern im Werk?

KAZIM: Nicht gut, weil die Arbeiter traurig sind wegen dem Verlust der Arbeitsplätze. Die Leute haben die Hoffnung auf den Erhalt des Werkes aufgegeben.

VORWÄRTS: Wir denken, dass der ÖGB im Sommer eine Großdemonstration für den Erhalt von Glanzstoff organisieren hätte sollen. Denkst du, dass das eine sinnvolle Maßnahme gewesen wäre? Was denkst du generell über die Rolle von Betriebsrat und Gewerkschaft?

KAZIM: Der Betriebsrat und die Gewerkschaft haben nicht viel getan. Eine Großdemonstration wäre ein erster guter Schritt gewesen. Aber in Wirklichkeit denke ich, dass ein Streik nötig gewesen wäre um das Werk zu retten.

VORWÄRTS: Was sind deine politischen Konsequenzen? Du hast ja bei den Wahlen auch für die LINKE kandidiert...

KAZIM: Wir brauchen eine echte Alternative zu SPÖ und Grünen, die endlich wirklich die Interessen von Arbeitern vertritt. So eine Alternative muss man aufbauen und deshalb habe ich für die LINKE kandidiert.

VORWÄRTS: Was denkst du über das Wahlergebnis der Linken und wie soll es, deiner Meinung nach, weitergehen?

KAZIM: Die Linken haben nicht viel Stimmen bekommen. Die Rechten dagegen recht viel. Die LINKE steht erst ganz am Anfang und die Zeit vor den Wahlen war knapp. Ich finde, dass die LINKE nicht nur ein Wahlprojekt sein soll, sondern es muss auch nach den Wahlen mit dem Aufbau der LINKEN weitergehen.

Pflichtkurse, prekäre Beschäftigung und fehlende Beratung

Die "Jugendarbeit" des AMS

VORWÄRTS-Interview mit SAMUEL H., einem Jugendlichen, der über ein Jahr arbeitssuchend war. Er berichtet über das AMS und deren Kurs "Factory". Der 17-jährige Linzer ist bei der SLP und beim Wahlbündnis LINKE aktiv und hat nach einem Jahr und fünf Monaten Lehrstellensuche im August eine Lehre bei einer Buchhandelsfirma angefangen. Nach der Probezeit will er in seinem Betrieb über die GPA gewerkschaftlich aktiv werden.

VORWÄRTS: Wie wurdest du beim AMS behandelt?

SAMUEL H.: Das AMS war für mich keine Hilfestellung, ich bekam großteils keine Informationen, über finanzielle Unterstützung gabs kaum Infos und ich wurde sofort als faul und unfähig abgestempelt. In meinen Augen kommt das AMS einer Massenabfertigung gleich, die das Ziel hat, arbeitslose Menschen so schnell wie möglich in Kurse zu stecken oder prekär zu beschäftigen, um die Arbeitslosenrate zu senken.

VORWÄRTS: Was denkst du über den Kurs "Factory"?

SAMUEL H.: Ich glaube das es grundsätzlich eine gute Idee ist junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, jedoch lässt die Umsetzung zu wünschen übrig. Viele BetreuerInnen sind schlecht ausgebildet und von

der Situation überfordert somit können sie nur schlecht bis gar nicht auf soziale und private Probleme eingehen.

Es war sehr eintönige Arbeit, die schlecht bezahlt wurde und es herrschte enormer Vermittlungsdruck. Die anderen Kurs TeilnehmerInnen waren großteils depressiv und perspektivenlos, Rassismus und Mobbing waren nicht unüblich.

VORWÄRTS: Was denkst du über die aktuelle Arbeitsmarktlage für Jugendliche?

SAMUEL H.: Es gibt beträchtlich mehr Lehrstellensuchende als Lehrstellen. Dies führt zu Perspektivenlosigkeit, Depressionen und schafft Nährboden für Rassismus und Xenophobie. Das Land Oberösterreich investiert 25,4 Millionen für die Ausbildung von jungen Menschen. Dabei bleibt ein hoher Anteil im Geldbörstel der Unternehmen liegen - das 1.



Lehrjahr ist für Unternehmen quasi gratis - dadurch ist ein Lehrling eine Billigarbeitskraft. Weiters werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen verschlechtert z.B. Aufhebung des Kündigungsschutz, Arbeitszeitverlängerung. Lehrstellen sind so aber nicht geschaffen worden. Darauf kann es nur eine Antwort geben und die ist internationaler gewerkschaftlicher Kampf!

SAMUEL H. ist nur ein Beispiel von Tausenden. Jugendliche müssen davon ausgehen, dass es ihnen schlechter gehen wird als den Generationen vor ihnen. Mit offiziell 6,3 % liegt die Jugendarbeitslosigkeit deutlich über dem allgemeinen Schnitt - bereits ein Indiz wie unsere Zukunft aussehen könnte. Angesichts einer drohenden Wirtschaftskrise und der Prekarisierung von Arbeitsplätzen wurde

eine "NO Future"-Generation geschaffen. Jugendliche sind von Verschlechterungen im Bildungssystem genauso wie von Verschlechterungen am Arbeitsplatz betroffen. Es ist an der Zeit sich gewerkschaftlich zu organisieren und den ÖGB zu zwingen für einen "heißen Herbst" zu sorgen und für eine andere - eine sozialistische - Gesellschaft zu kämpfen.

Krise des Kapitalismus: Warum



Marx hatte recht: Kein Kapitalismus ohne Krisen

Die Ursache der aktuellen Finanzkrise ist nicht nur die Gier der Wall-Street-Banker und der Spekulanten. Seit Mitte der 70er Jahre befindet sich der Kapitalismus in einer strukturellen Krise. Der lange Aufschwung davor war eine Ausnahmesituation einer scheinbar friedlichen Entwicklung des Kapitalismus mit wachsendem Wohlstand. Dieser Nachkriegsaufschwung war aber nur möglich aufgrund des vorangegangenen Zweiten Weltkriegs, seiner Zerstörungen und der damaligen Fähigkeit der USA die Lokomotivfunktion für die Weltwirtschaft zu übernehmen. Die Entwicklung in den 1980er, 1990er Jahren und danach blieb deutlich hinter dieser langen Ausnahmepériode zurück. Statt Investitionen in die Produktion verlegten sich die KapitalistInnen auf die Jagd nach immer höheren Profiten an der Börse. Dort werden aber keine neuen Werte geschaffen - sondern nur zwischen den Kapitalisten hin und her geschoben. Und: der Zusammenbruch des Stalinismus und der Rechtsruck der Sozialdemokratie stärkten die ideologische Basis des Neoliberalismus, der bis zuletzt andauerte.

Aufschwung auf Pump

Die schwachen Aufschwünge seit den 70er Jahren und die Periode des Neoliberalismus bedeuteten, dass die ArbeitnehmerInnen selbst von Wachstumsphasen kaum mehr profitierten. Durch Lohndruck, Sozialabbau und Privatisierung wurden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Gleichzeitig wurden durch die zunehmende Spekulation höchst riskante Blasen aufgebläht; Blasen die nun platzen.

Der jüngste Aufschwung, der dem Platzen der IT-Blase 2001 folgte, basierte zum größten Teil auf Pump; also der Ausdehnung von öffentlicher und/oder privater Verschuldung. Um die Krise von 2001 zu überwinden hatte die US-Notenbank die Leitzinsen gesenkt, um Kredite zu verbilligen und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln. Das hat eine ungeheure Kreditblase geschaffen - Banken und SpekulantInnen arbeiteten mit Geld, das sie sich nur per Kredit borgten. Vor allem der Immobilienmarkt wurde zum Spekulationsobjekt für alle möglichen Anlageformen; die Preise stiegen hier ins Unermessliche. Auch die ArbeitnehmerInnen in den USA sind schwer verschuldet. Wegen der stagnierenden bzw. sinkenden Reallöhne - und steigenden Immobilienpreise - mussten/konnten die Menschen hier immer höhere Hypotheken aufnehmen, um ihre laufenden Ausgaben bzw. ihren Wohnraum zu finanzieren. Nun ist der Markt zusammengebrochen, die Preise (und die damit verbundenen Anlagen) im Keller, die Schulden da und die Kaufkraft weg. Doch es war der US-Konsum, der bisher die Weltwirtschaft, und die Exporte aus China und anderen Ländern antrieb und finanzierte. Wie ein gedehntes Gummiband schnalzt die Entwicklung zurück. Gewaltige Summen haben sich über Nacht als faule Kredite erwiesen. Banken drohte die Zahlungsunfähigkeit. Von den USA ausgehend, taumelt inzwischen eine Region nach der anderen in die Krise.

Seit Jahrzehnten wird uns erzählt, dass der freie Markt das beste aller Systeme sei. Vor allem in den letzten 20 Jahren zog sich der Staat zurück - es wurde privatisiert, Sozialausgaben gekürzt, dereguliert. Mit dem aktuellen Zusammenbruch der Finanzmärkte ist alles anders. Nun rufen die Banken und Konzerne nach dem Einschreiten der Regierungen um sich und den Kapitalismus zu retten. LAURA RAFETSEDER analysiert die Entwicklung aus marxistischer Perspektive.

Verstaatlichung von Verlusten

Durch das Ausmaß der Finanzkrise sind die KapitalistInnen nun gezwungen den Staat, den sie so lange zurückgedrängt haben, darum zu bitten ihre Haut zu retten. Fannie Mae und Freddie Mac, die beiden Giganten im kommunalen Hypothekengeschäft in den USA, sowie AIG, eine riesige Versicherungsgesellschaft, wurden von der US-Regierung de facto verstaatlicht. Auch in Europa sehen Regierungen plötzlich keine andere Alternative als einzugreifen und Banken zu retten oder sie quasi zu verstaatlichen.

Aber das ist nicht die Verstaatlichung, wie wir sie fordern: Es handelt sich um die Verstaatlichung von Verlusten. Die USA kauft um 700-Milliarden faule Kredite auf und lagert sie in einem staatlichen Fonds zwischen. Die Schulden der Banken werden der ArbeiterInnenklasse aufgebürdet, während Wall Street Banker sich mit Millionenabfertigungen verabschieden. Einfachen HausbesitzerInnen, die bis über beide Ohren in Schulden stecken, wird nicht geholfen. Das Problem löst das Hilfspaket nicht, da damit vermutlich nur einen Bruchteil dieser faulen Kredite aus dem System genommen wird.

Kapitalistische Regierungen nicht links, sondern planlos

Das Einschreiten der Regierungen ist aus Sicht der herrschenden Klasse nötig, um das System vor dem völligen Zusammenbruch zu retten. Manche IdeologInnen des Neoliberalismus protestieren zwar, aber die plötzliche Liebe zum Staat bedeutet keinesfalls einen Linksruck der PolitikerInnen, die nun diese Rettungsaktionen durchführen. Sie haben lediglich die Lehren aus 1929 gezogen, als der Staat nichts getan hatte, um den Bankenkrach zu verhindern. Interventiert wird dort, wo die Folgen so groß wären, dass ein vollständiger Kollaps des Finanzsystems droht.

Bei diesen Rettungsaktionen handelt es sich nicht um tatsächliche Vergesellschaftung unter Kontrolle der Beschäftigten, sondern es geht dabei darum, die Banken auf Kosten der ArbeiterInnenklasse zu sanieren und dann wieder zu privatisieren, sobald sie wieder stabil und profitabel sind. Gleichzeitig zeigt sich an den chaotischen Panikreaktionen der einzelnen Regierungen, dass sie kein Konzept für die Lösung der Krise haben - weil sie im Rahmen der kapitalistischen Logik agieren. Tatsächlich sind sie in einer lose-lose-Situation: In Wirklichkeit können sie sich die Rettungsaktionen und finanziellen Hilfen nicht leisten, gleichzeitig können sie sich aber auch nicht leisten, einfach nur zuzusehen.

Wir tragen die Folgen!

Das Gerede, dass die "Realwirtschaft" robust sei und sich die Krise nur auf den Finanzsektor beschränkt sei, wurde bereits Lügen gestraft. Die Trennung in "Finanzwirtschaft" und "Realwirtschaft" ist künstlich - diese beiden sind untrennbar verflochten. Die US-Wirtschaft ist schwer getroffen, die Eurozone befindet sich im Schrumpfen. Überall ist von Rezession die Re-

de. Die Hoffnung, dass andere Länder die Rolle der USA als Zugpferd übernehmen könnten, erwies sich ebenfalls als trügerisch. Wir stehen vor einer weltweiten ernsthaften Weltwirtschaftskrise. Die EU-Granden haben bereits den Stabilitätspakt, über Jahre hinweg neoliberales Heiligtum und Hintergrund von Nulldefizit und Sparpaketen, ausgesetzt. Für Österreich liegen die "Wachstums"-Prognosen für 2009 bei rund einem Prozent. Die Vorboten der Krise sind deutlich zu sehen.

Es gab bereits erste Betriebsschließungen (Johnson & Johnson in Hallein, König & Bauer in Mödling und Ternitz, Thyssen-Krupp in Gratkorn, Hämmerle in Vorarlberg, Schindler stellt seine Rolltreppenproduktion in Wien ein,...) und verstärkten Personalabbau in Österreich (Siemens, Magna, Telekom,...). Die österreichischen Banken sind ebenso international verflochten und damit betroffen. Die Mutter der Bank Austria die italienische UniCredit, steckt in Problemen, ebenso die Bayern LB, Mutter der Hypo-Alpe-Adria, Dexia, die an der Kommunalkredit beteiligt ist, Cerberus im Falle der Bawag. Die unbegrenzte Garantie der Spareinlagensicherung wird das Problem nicht lösen; denn der Staat kann ggf. nicht einmal eine einzige Großbank vollständig auffangen.

Was wird die Krise bedeuten?

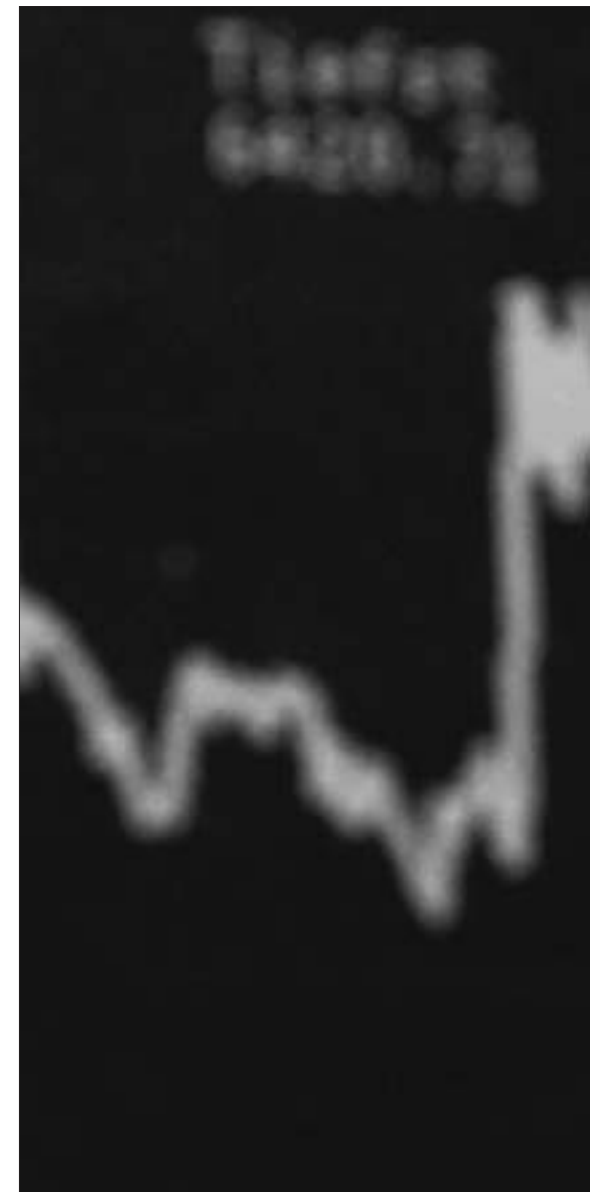
Wir müssen uns heute auf eine Wirtschaftskrise einstellen, deren soziale Folgen weitreichend sein werden.

1) Durch die Umstellung der Pensionen auf das 3-Säulen-Modell (de facto eine Teilprivatisierung im Rahmen der letzten Pensionsreform) und die Abfertigung neu sind viele ArbeitnehmerInnen direkt betroffen - die Gelder die sie in private Pensionsvorsorge gesteckt haben bzw. die Abfertigungen, die in ihrem Namen in Aktien angelegt wurden, sind zum Teil weg. Ähnlich verhält es sich im Falle von MitarbeiterInnenbeteiligungen, die zuletzt von den Unternehmern aber auch von Seiten der Gewerkschaft gepuscht wurden.

2) Betriebsschließungen und Personalabbau bedeuten steigende Arbeitslosigkeit. Jede kommende Regierung wird Sozialabbau betreiben. Die ArbeitnehmerInnen sollen den Preis dafür zahlen, dass Finanzspritzen an Banken ausbezahlt werden. Bei den kommenden Lohnrunden werden die ArbeitgeberInnen versuchen angesichts der Krise nur geringe Lohnerhöhungen zuzulassen. Die Beschäftigten brauchen v.a. wegen der hohen Inflation aber Realloohnerhöhungen - ob die Gewerkschaft diese rausholt, ist aber angesichts ihrer zögerlichen Politik fraglich.

3) Auf internationaler Ebene wird deutlich dass der Kapitalismus nicht funktioniert und die neoliberale Ideologie am Ende ist. Auch die kapitalistische EU kann daran zerbrechen - die Krise führt bereits jetzt zu einem Rückzug der einzelnen Nationalstaaten und zu einer weiteren Schwächung der EU.

Die Tatsache, dass der Staat Milliarden für die Banken auszugeben bereit ist, aber nicht für Soziales oder für andere Anliegen der ArbeitnehmerInnen, wird enorme Wut und Stimmung gegen das bestehende System auslösen. Auch



wenn die ArbeiterInnenklasse zu Beginn durch die mögliche Schärfe der Krise geschockt sein kann, kann es dennoch zu Kämpfen kommen. Der Kapitalismus wird zunehmend in Frage gestellt - aber ob dieser von links oder von rechts aufgegriffen wird, wird vom Kräfteverhältnis abhängen. Für Menschen, die nach einem Ausweg aus der Krise suchen, können sozialistische Ideen wieder attraktiv werden.

4) Gleichzeitig kann die Krise der extremen Rechten nützen, gerade wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften in demokratische Kampfinstrumente der ArbeiterInnenklasse umzuwandeln bzw. wenn es nicht gelingt eine Alternative von links in Form einer neuen starken ArbeiterInnenpartei aufzubauen. Steigende Arbeitslosigkeit und eine sich verschlechternde soziale Situation bereiten den Boden für den Erfolg von rassistischer Hetze auf. FPÖ und BZÖ greifen bereits jetzt soziale Themen auf und wettern gegen die Banken und Spekulanten, inklusive pseudo-antikapitalistischem Auftreten.

Lösung durch "besseren" Kapitalismus?

Welche Lösung gibt es? Stärkere Regulierung der Finanzmärkte und keynesianische Maßnahmen? Das wird die Probleme nicht lösen. Dafür sind die dem Kapitalismus zugrundeliegenden Widersprüche zu groß. Wenn kontrolliert und reguliert wird, ist immer die Frage: in wessen Interesse. Solange dies im Sinne der Profitlogik passiert, sind neue Krisen vorgezeichnet. Auch ein stärkerer Staat ist noch keine Lösung. Staatsinterventionismus an sich ist keine linke Politik. Die Kriegswirtschaft sowohl der Nazis, als auch die US-Militärprogramme unter Reagan beruhen auf einem starken Staat. Der Keynesianismus - also der nach John Maynard Keynes benannte Ansatz, Krisen durch temporäre Schuldenaufnahme zu verhindern - geht hier zwar zumindest theoretisch weiter. Investiert wird demnach in Infrastruktur, dadurch sollen Jobs geschaffen und die Wirtschaft angekurbelt und dann wieder Schulden abgebaut werden. Nur: Die Schulden sind schon jetzt da! Für einen "Austrokeynesianismus" wie unter Kreisky fehlen heute die ökonomischen Spielräume. Gemessen am BIP stieg die Rate der staatlichen

n sollen wir bezahlen?



Verschuldung in den 1980er und 1990er Jahren - trotz Sozialabbau und Sparpaketen (!) - gegenüber der Periode Kreisky auf das Doppelte! Der Kapitalismus hat keine Ressourcen für soziale Rüscherln. Natürlich gäbe es eine Reihe von Maßnahmen, die zu einer Umverteilung von oben nach unten führen würden - Steuer-

reformen, Arbeitszeitverkürzung, Reallohnerhöhungen etc. Der Haken dabei: Jedes Unternehmen wird ihnen zustimmen, solange es selbst davon nicht betroffen ist. Eben weil der ökonomische Spielraum enger ist, muss der Kampf für solche Schritte viel härter sein als in der Vergangenheit. Aber selbst wenn keynesia-

nische Maßnahmen gesetzt würden, die kurzfristig Verbesserungen für (Teile) der ArbeiterInnenklasse bedeuten könnten, würde das längerfristig keinen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz schaffen. Maßnahmen, die eine Umverteilung hin zur ArbeiterInnenklasse bringen, beschneiden die Profite und damit die Rentabilität des Kapitals. Faktoren, die wiederum Ursachen und Auslöser für Krisen sind, und diese nicht verhindern können.

Sozialistischer Plan ist einzige Alternative zu kapitalistischem Desaster

Es ist nicht egal, wem die Banken gehören. Anstelle einer Verstaatlichung der faulen Kredite und ausstehenden Forderungen des Finanzkapitals sollen die Banken und Finanzinstitutionen (Versicherungen, Hedgefonds etc.) verstaatlicht und mit demokratischer Planung unter der Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten weitergeführt werden. Entschädigungen für KleinaktionärInnen und KontoinhaberInnen sollten nur im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit gezahlt werden.

Das wirft natürlich die Frage nach dem Eigentum und der Kontrolle weiterer Teile der Wirtschaft und die Notwendigkeit einer demokratischen Planung auf: Betriebe, die geschlossen werden sollen oder Leute entlassen, sollten durch die öffentliche Hand übernommen werden. Und zwar unter Kontrolle jener, die den Reichtum schaffen - der Beschäftigten.

Die Produktion sollte insgesamt die Bedürfnisse der Gesellschaft und nicht die Profitinteressen einiger weniger befriedigen. Darum geht es auch nicht nur um einige wenige Unternehmen, sondern letztlich um die Frage der gesamten Wirtschaft. Statt des Chaos des Marktes treten wir für eine demokratisch geplante Wirtschaft ein. Der einzige Ausweg aus der Katastrophe Kapitalismus ist die Überwindung dieses Systems. Wir wollen keine Verstaatlichung von Verlusten, sondern eine Vergesellschaftung der Schlüsselbetriebe unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, um nach den Bedürfnissen der Mehrheit zu produzieren und nicht für die Profite einer Minderheit.

Das Rettungspaket für die Wall Street: Betrug an den ArbeitnehmerInnen

aus einem Flugblatt der Socialist Alternative (CWI, USA) übersetzt von Harald Mahrer, SLP

"Wenn die Wall Street damit durchkommt, wird das einen historischen Betrug am amerikanischen Volk darstellen - Zucker für die Schurken, anhaltenden Schaden für die Opfer.", so beschreibt der Journalist William Greider das Rettungspaket für die Wall Street.

Das gesamte kapitalistische System ist in einem chaotischen Zustand, da der Zusammenbruch des Finanzsystems eine realwirtschaftliche Depression nach sich zu ziehen droht. Für die arbeitende Bevölkerung kommt das nach Jahren der stagnierenden Löhne, des Verlust von Millionen gut abgesicherten Jobs, einer Welle von Haus- und Grundstückspfändungen und einer Serie von Preissprüngen bei Treibstoffen und Lebensmitteln.

Die Krise wurde von den Kapitalisten selbst ausgelöst. Ihre Profitgier destabilisierte das gesamte System. Ihre Argumente, der Markt würde die Probleme schon lösen, stellen sich jetzt als plumpe Bettelei heraus, mit Steuergeldern gerettet zu werden.

Die Heuchelei des Washingtoner Establishments ist geradezu atemberaubend. Am Vortag der Präsidentenwahl mutieren die gestrigen Verfechter der Deregulierung der Finanzmärkte und der Steuersenkungen für die Superreichen zu selbsternannten Verteidigern des "kleinen Mannes" gegenüber den "kriminellen Eliten" der Wall Street.

Jedes Mal wenn ArbeiterInnen, Gewerkschaften oder soziale Bewegungen, höhere Löhne, bessere Sozialleistungen und -einrichtungen forderten, bekamen sie zu hören: "Wir können uns das nicht leisten." Jetzt will die Regierung einen Freibrief um bis zu 1.000 Milliarden US-Dollar aufwenden zu können, um den Bankern der Wall Street ihre faulen Kredite abzukaufen. Dieses Geld sollte stattdessen verwendet werden, um Gesundheitsversorgung, Bildung, Kinderbetreuung, leistbare Wohnungen und Löhne, von denen man leben kann, für jede und jeden zu garantieren.

Die Spitzen der Politik geben vor, dass das Rettungspaket für die Wall Street nötig wäre, um eine wirtschaftlichen Katastrophe für die arbeitenden Menschen zu verhindern. Dennoch fordern sogar die demokratischen Abgeordneten im Kongress nur völlig unzureichende Scheinreformen im Finanzwesen, im Abtausch für die größten Steuergeschenke an Konzerne aller Zeiten. Die Wall Street und die großen Banken sind entlarvt worden als Hort der Spekulation und Korruption. Sie sind die einflussreichste Lobby in Washington und haben die Karrieren unzähliger PolitikerInnen finanziert, auch jene von Obama und McCain.

In Wahrheit hat dieses so genannte Rettungspaket nichts mit der Absicherung der wirtschaftlichen Zukunft einfacher Leute zu tun. Es hat viel mehr damit zu tun, ihr System der Ausbeutung und Profitmacherei mit den Steuergeldern aller aufzufangen. Sogar die Befürworter des Rettungsplans geben zu, dass das Paket Millionen von Familien nicht davor bewahren wird, ihre Eigenheime durch Pfändungen zu verlieren. Sie geben auch zu, dass das Paket nichts an Teuerung und steigender Arbeitslosigkeit ändern wird.

Big Business und die PolitikerInnen, die von ihm bezahlt werden, weigern sich Steuergelder dort auszugeben, wo es wirklich zur Überwindung der Krise beitragen könnte: Für die Streichung der Schulden der kleinen HausbesitzerInnen, Studierenden und arbeitenden Menschen im Allgemeinen. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein öffentliches Investitionsprogramm für den Bau von Schulen und Spitälern, sauberen Kraftwerken und anderen gesellschaftlich sinnvollen Projekten. Die arbeitende Bevölkerung muss gegen diesen Betrug kämpfen, sie hat die Macht ihn zu verhindern.

Wenn Banken krachen ...

von Albert Kropf, SLP-Wien

Was haben Loks der ÖBB, Innsbrucker Kläranlagen, die acht Donaukraftwerke, Wiener Straßen- und U-Bahnen, das burgenländische und oberösterreichische Stromnetz, Teile der wiener Kanalisation und Sortieranlagen der Post mit der US-amerikanischen Finanzkrise zu tun? Auf den ersten Blick sagen wohl Viele: Gott sei Dank nicht viel.

Leider ist das falsch. Das alles und noch viel mehr gehört US-Investmentbanken. Somit ist die Finanzkrise schon längst in Österreich angekommen, bevor hier auch nur eine Bank zu wackeln beginnt. Das ist ein großer Unterschied zur großen Krise der 1930er Jahre. Als am 11. Mai 1931 mit der Credit-Anstalt (CA) die größte Bank der 1. Republik offiziell zu bröseln beginnt, ist das das Ende und nicht der Beginn einer Bankenkrise in Österreich.

Der Zusammenbruch der Monarchie schuf für den Industrie- und Bankensektor neue Realitäten. Zweigstellen und Töchter wurden in Nachfolgestaaten der Monarchie teilweise nationalisiert. Die in Österreich verbliebenen Industrie- und Bankkapazitäten, waren überdimensioniert. Die Banken versuchten durch Aktienkäufe in den Nachfolgestaaten gegen zu steuern und ihre dominierende Stellung im Donauraum beizubehalten.

Das österreichische (Industrie)Kapital war aufgrund der verspäteten Entwicklung sehr schwach. Deswegen fand die Verschmelzung von Industrie- und Finanzkapital früher als in den kapitalistisch hoch entwickelten Staaten statt. 1907-13 wurden 59 % aller Industriegrün-

dungen zu 67 % von den Banken finanziert. Eine Trennung von Industrie- und Finanzkapital war gar nicht mehr möglich.

Lenin beschrieb diese Verschmelzung in seinem Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Er zieht als Beispiel den deutschen Industriekonzern AEG heran und zeigt, dass der Industriekonzern AEG nicht mehr von der Bank AEG zu trennen ist. AEG handelt als Industrie- und Bankkonzern gleichermaßen. Für die österreichische Entwicklung ist der Umkehrschluss noch viel tragender. Dass nämlich Banken ebenfalls die Rolle von Industrien übernehmen. Trotzki bezeichnete das gesellschaftliche Aufholen nach einem verspäteten Start als "ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung". Das heißt, obwohl die Industrialisierung bei uns viel später stattgefunden hat als in anderen Ländern, wurde nicht deren Entwicklung Etappe für Etappe gleich nachgelebt, sondern abgekürzt bzw. übersprungen.

Für die Krise der CA ist das von Bedeutung. Nach 1918 hielten an einem Teil der Industrie die Banken bereits die Mehrheit. Mit verschuldeten Betrieben rutschte ein weiterer Teil der Industrie in die Abhängigkeit der Banken. Diese Betriebe konnten aber wegen fehlendem Kapital nicht verkauft werden. Das führte dazu, dass Betriebe Kredite aufnahmen, um Dividenden an jene Banken auszuzahlen, bei denen sie die Kredite hatten.

1924 verschärfte eine durch Spekulation ausgelöste Börsenkrise das Klima. Es folgten Bankencrashes, Fusionen und Krisen: 1924 die Allgemeine Deposit Bank, 1926 die Biedermannbank und die Centralbank der Deutschen Sparkassen



und schließlich war 1929 mit der Boden-Credit-Anstalt (BCA) die 2. größte Bank der Republik zahlungsunfähig. Um einen völligen Crash zu verhindern wurde die Bilanz der BCA geschönt und sie mit der CA fusioniert. Bis diese selbst im Mai 1931 zu zerbröseln begann.

Es folgte die Rettung der CA durch den Staat. Der übernahm die Bürgschaft über rund 1,2 Mrd. bei jährlichen Einnahmen von 2 Mrd. Schilling. Die konservative Regierung setzte trotzdem weiter auf Hartwährungspolitik. Die Folge waren Sparpakete, Gehaltskürzungen bei Beamten und Eisenbahn sowie Steuererhöhungen auf Bier und Zucker. Am Tiefpunkt der Krise 1933 war das BIP auf 77,5 % von 1929 gesunken, zeitgleich stieg die Zahl der Arbeitslosen von 200.000 auf 800.000, davon fast 1/2 Million "ausgesteuert" (ohne Sozialleistungen). Es gab zwar keine Inflation, aber für die Mehrheit der Menschen spielte das kaum eine Rolle. Sie hatten nichts mehr. In diesem Sinn meinte auch Qualtingers Herr Karl: "Der Schilling war hart, aber derwischt hat ma ihn net".

SCHWERPUNKT FINANZKRISE

Termine & Anmeldung zu verschiedenen Veranstaltungen über Ursachen und Lösungen zur Finanzkrise sowie den "Antikapitalismus" der Rechten unter www.slp.at



Wer ist Martin Graf?

Was sagt Martin Graf ...

... etwa zum 1991 verstorbenen Neonazi Norbert Burger (er war wie Graf "Alter Herr" der Burschenschaft Olympia)?

"Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über den Tod hinaus."

Was tut Martin Graf ...

... als Mitglied bei der Burschenschaft Olympia, also einer Vereinigung bei deren Veranstaltungen regelmäßig bekannte Neonazis als Referenten oder Sänger eingeladen werden. Er sagt:

"Ich bekenne mich dazu, dass ich rechts bin. Aber ich bin ein aufrechter Demokrat."

Wie nutzt Martin Graf ...

... seine Positionen und Ämter? Die konservative PRESSE dazu:

"Der dreifache Vater war zwischen 2003 und 2006 Geschäftsführer des Austrian Research Centers in Seibersdorf. In diesem Zusammenhang wurde ihm vorgeworfen, Posten mit ihm nahestehenden Burschenschaftlern besetzt zu haben."

Hellas Kagan: Der Kampf gegen einen rechtsextremen Präsidenten

Hellas ohne Graf!

Der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf, der in absehbarer Zeit zum dritten Nationalratspräsidenten gewählt werden soll und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia ist, treibt sein Unwesen nicht nur in der Politik. Er ist auch Präsident des kleinen Wiener Fußballvereins Hellas Kagan.

VORWÄRTS interviewte MARGARITA DÖLLER, die selbst Spielerin bei Hellas Kagan ist.

VORWÄRTS: In welcher Form benutzt Martin Graf sein Amt, um seine politischen Ansichten ins Vereinsleben einfließen zu lassen?

MARGARITA: In der Anfangszeit merkte man von seiner Gesinnung gar nichts, er outete sich bei der Wahl zum Präsidenten nicht einmal als FPÖ-Mitglied. Er benutzte sein Amt, um langsam etwas aufzubauen und organisierte als bisher zum Glück einzigen Höhepunkt eine FPÖ-Wahlkampfkundgebung während des regulären Trainingsbetriebes. Gegenüber den Vereinsmitgliedern hielt er dies jedoch geheim und tarnte die Veranstaltung als Spanferkelessen des RFJ 22.

VORWÄRTS: Was hat sich bei dieser Aktion konkret abgespielt?

MARGARITA: Es nahmen zahlreiche prominente Wiener FPÖler, die auch namentlich vorgestellt wurden, teil. Darüber hinaus Mitglieder des RFJ, darunter auch Johann Gudenus. Auch FPÖ-Anhänger aus anderen Bundesländern fanden sich mit Österreichfahnen am Vereinsplatz ein. Insgesamt

waren es ungefähr 150 Leute.

VORWÄRTS: Wie waren die Reaktionen seitens der Vereinsmitglieder?

MARGARITA: Ich kann nur für die Frauenmannschaft sprechen, aber drei Mitglieder des Teams haben sich geweigert, weiterzutrainieren. Wir haben uns mit LINKE- T-Shirts am Rande des Geschehens positioniert, beobachteten das Geschehen mit Grauen und diskutierten mit anderen Mitspielerinnen. Der Großteil der Mannschaft verstand unseren Standpunkt, wollten aber nicht mit uns dagegen protestieren. Das einzig positive an diesem Abend war ein Interview, das wir einem FM4-Reporter geben konnten. Wir stellten klar, dass diese Kundgebung nicht dem Willen aller Vereinsmitglieder entspricht. Martin Graf nahm sich somit das Recht, uns beim Training zu stören und uns seine Gesinnung aufzuzwingen.

VORWÄRTS: Blieb es bei dieser einen Aktion?

MARGARITA: Nein. Wir ärgerten uns an diesem Freitag furchtbar darüber, dass wir

keine Gegenkundgebung organisiert haben und wollten dies beim folgenden Heimspiel nachholen und einen antisassistischen Fanblock organisieren. Leider gelang uns das nicht besonders gut und das hatte zur Folge, dass Martin Graf mehr Leute zu dem Spiel bringen konnte. Es waren großteils junge Männer, die am Spielfeldrand herumlungerten. Sie positionierten sich genau neben unseren Genossinnen. Besonders fielen sie durch frauenfeindliche "Anfeuerungsrufe" gegenüber beiden Teams auf. Nebenbei bemerkt war dies das erste Spiel der Frauenmannschaft, das Martin Graf besuchte.

VORWÄRTS: Was wollt ihr in Zukunft gegen Graf und seine Kumpanen unternehmen?

MARGARITA: Für uns ist er als Präsident untragbar. Bemerkenswert ist, dass Hellas Kagan Teil des SPÖ-nahen ASKÖ ist. Wir werden unter MitspielerInnen und Vereinsmitgliedern darüber informieren, wer Graf ist und warum er untragbar ist. Ziel ist einE antisassistische PräsidentIn.

Sozialistinnen und Sozialisten aktiv im Wahlkampf

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Die SLP auf "Österreich Tour" so könnte man einen Teil des Wahlkampfes aus Sicht der SLP zusammen fassen. SLP-Mitglieder waren im Juli und August in ganz Österreich unterwegs um die Kandidatur für die LINKE abzusichern. Verstärkt wurde die Reisetätigkeit noch durch die Unterstützung für die KollegInnen der Glanzstoff. Im Wahlkampf waren wir nicht nur in den für uns eher neuen Bundesländern Steiermark, Niederösterreich und Burgenland aktiv. Auch in den Bundesländern wo wir schon aktiv sind, waren wir in vielen "neuen" Orten

wie etwa Wels, Enns, Leonding oder Ried in Oberösterreich. In zahlreichen Städten und Gemeinden sammelten wir Unterstützungserklärungen und organisierten Veranstaltungen oder wurde zu Treffen eingeladen. So konnten wir z.B am 6.10. in Graz die SLP im Rahmen eines LINKE-Treffens vorstellen. Im Zuge des Wahlkampfes und unmittelbar nach der Wahl haben wir viele Menschen kennen gelernt mit denen wir jetzt zusammenarbeiten wollen. In Salzburg und Hallein wird dies vor allem gegen die Kündigungen in der Papierfabrik und bei Johnsen&Johnsen sein. Wir versuchen hier eine Verbindung zu den

Kollegen in St. Pölten herzustellen. In Oberösterreich werden wir die vielen Kontakte nutzen um rund um den Prozess gegen den neonazistischen BFJ, eine starke antifaschistische Kampagne aufzuziehen. Ein wichtiger Teil unseres Wahlkampfes waren auch kreative Aktionen. Etwa bei unserer Wahlkampfaktion vor dem Sozialmarkt in Wien Favoriten: Viele Menschen waren empört über die zynische Aussage von Fiona Swarovski. Sie meinte, dass Menschen, die mit ihrem Einkommen kein Auslangen mehr finden, doch einfach ihr Gemüse zu Hause anbauen sollen.

Am 18. September pflanzten

SLP-AktivistInnen vor dem Sozialmarkt im 10. Bezirk symbolisch Gemüse an. Danach hieß es warten bis die Saat aufgeht. Trotz mehrmaligem gießen, war die Ernte recht mager. Eine Aktion die den Zynismus der Reichen auf den Punkt und viele Menschen zum Schmunzeln brachte. Bei einer weiteren Aktion, wurden die Namen von Firmen die Leute kündigen (Glanzstoff, Siemens, Telekom, RTW-Bergheim usw.) auf den Stufen des AMS angebracht. So mancher Arbeitsloser war froh, endlich einmal den Spieß umdrehen und sich an den Firmenschilddern die Schuhe abputzen zu können.

Neben dem Wahlkampf pasierte auch sonst so einiges, viele SLP-Mitglieder beteiligten sich an der Sommerschulung unserer Internationale in Belgien, neue Leute haben die den Weg in die SLP gefunden, und unser Genosse Sebastian Kugler wurde an seiner Schule zum Schulsprecher gewählt.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

Infos zu den Treffen unter: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT

nicht regelmäßig, Infos: Tel. 01/524 63 10 oder slp@slp.at

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 18.30, Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr, Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18.30, "Bieroase", 20., Brigittaplatz 18, (U6 Jägerstraße)

SLP Wien-Süd

jeden Donnerstag um 19 Uhr, Rüdigerhof, 5., Hamburgerstraße 20, (U4 Pilgramgasse)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Gefällt Dir das Vorwärts?



Abo bestellen!

Tel.: 01/524 63 10 oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Der Kaukasus im Fadenkreuz

Menschen in der Region sollen selbst ihre Zukunft in die Hand nehmen können!

von Lisa Wawra, SLP-Wien

In der Nacht auf den 8. August griffen georgische Truppen die Hauptstadt Südossetiens, Zchinwali, an.

Nur einen Tag später marschierte ein russisches Truppenkontingent mit Panzern und Luftunterstützung in Georgien ein - angeblich um Südossetien zu verteidigen.

Georgien, total überrumpelt von den zahlenmäßig weit überlegenen russischen Truppen, blieb nichts übrig, als sich möglichst schnell zurückzuziehen. Russland hielt seine Militärpräsenz auch in Georgien weiter aufrecht. Am 26. August erklärte Russland, die abtrünnigen Provinzen Georgiens Südossetien und Abchasien als eigenständige Staaten anzuerkennen. Während die westlichen Staaten ein politisches Interesse an der Unabhängigkeit des Kosova verfolgten, gibt es hier andere Interessen und daher nun scharfe Kritik an der "Unabhängigkeitspolitik".

Historisch umkämpfte Gebiete - heute im Fadenkreuz imperialistischer Interessen

Die Gebiete rund um den Kaukasus waren seit je her umkämpft. Durch die Kaukasusregion laufen wichtige Transitstrecken. War es einst die Seidenstraße, die durch Georgien führte, so wird das Land heute von zahlreichen Öl- und Gaspipelines durchzogen. Auch vom geopolitischen Standpunkt war und ist die Region zu der unter anderem Aserbaidschan, Arme-



nien, Georgien, Russland, und der Nordostteil der Türkei zählen, äußerst interessant.

Vor allem Georgien ist derzeit von sehr großem Interesse, verbindet es doch die reichsten und produktivsten westlichen und östlichen Randzonen. Georgien ist derzeit im Zentrum der Politik des US- sowie des russischen Imperialismus in der Region. Beide versuchen mehr Einfluss auf das Gebiet zu gewinnen. Aber auch die EU, China und der Iran wollen ihren Einfluss im Kaukasus verstärken. Russland, das seit je her einen starken Einfluss auf Georgien besitzt, will diesen nicht aufgeben, bedeutete dies doch, die alleinige Kontrolle über die kaspischen Öl- und Gaslieferungen aufzugeben. Die USA und die EU wollen genau dies erreichen.

Die USA wollen außerdem einen näheren Vorposten zu Russland installieren, was dieses natürlich tunlichst verhindern möchte. Nicht zuletzt wä-

re für die USA die Präsenz in Georgien ein wichtiger Punkt im Konflikt mit dem Iran.

Russland droht - die USA liefern Waffen

Georgien und die Ukraine versuchen seit geraumer Zeit, sich dem russischen Machteinfluss zu entziehen, indem sie Bündnisse mit den westlichen Gemeinschaften eingehen. Russland versucht durch hartes Vorgehen diese daran zu hindern. So kann das Handeln in Georgien auch durchaus als Warnung an die Ukraine verstanden werden. Georgien hat umgekehrt derzeit über 2000 Soldaten im Irak an der Seite der USA stationiert und bemüht sich seit geraumer Zeit in die NATO aufgenommen zu werden. Doch drängt die USA darauf, Georgien in die NATO aufzunehmen (und lieferte Waffen an die georgische Regierung), so sind viele europäische Staaten aus Angst vor

Russland und seinen Konsequenzen, dagegen.

Gespaltene EU

Auch die EU ist gespalten. Dass Russland von der EU, trotz massiver Kritik am Vorgehen gegen Georgien, mit keinerlei Sanktionen konfrontiert war, zeigt die große Angst vor Russland, welches derzeit den Großteil an Öl und Gas nach Europa exportiert. Andererseits ist Russland mindestens so abhängig von der EU, da diese ja auch der größte und zahlungsstärkste Abnehmer der russischen Energierohstoffe ist.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist, dass die EU gerade in diesem Konflikt gutes Krisenmanagement beweisen muss, will sie im internationalen Kontext auch weiterhin als ernstzunehmende Wirtschaftsmacht angesehen werden.

Daher auch die Entsendung von EU-Beobachtern zur Si-

cherung der Waffenruhe in den Krisengebieten.

Auch Österreich will seine Präsenz in der Kaukasus Region stärken. So entsendet es nicht nur drei Teilnehmer an der EU-Mission in Georgien. Es will außerdem drei neue Botschaften in der Kaukasusregion eröffnen und damit auch zeigen, dass es fähig und willens ist, die imperialistischen Interessen der EU diplomatisch (und finanziell) mitzutragen.

Der Konflikt: (Auch) ein Ergebnis neoliberaler Reformen

Die georgische Regierung ist aus mehreren Gründen Bündnispartner der USA und der EU. Die radikal neoliberal Politik macht Georgien wirtschaftlich attraktiv. Aus Sicht der Weltbank hat das Land seine Position in puncto (marktradikaler) Rahmenbedingungen vom Rang 116 auf den Rang 18 (vor Deutschland!) verbessert; Georgien

wurde von dieser Institution sogar zum Top-Reformer 2006 gekürt. Ebenso eine Rolle spielen hier freilich auch die erwähnten Pipelineprojekte, welche durch Georgien führen und die Abhängigkeit des Westens von Russland verringern sollen. Trotz hoher Wachstumsraten der georgischen Wirtschaft bedeutet diese "Reformpolitik" aber vor allem auch die Fortsetzung von Armut und Arbeitslosigkeit für die Menschen dieser Region: Das Durchschnittseinkommen liegt bei 60 Euro, für PensionistInnen bei 20 Euro im Monat. Hinzu kommt die enorme Korruption. Eine Friedensaktivistin aus Georgien meinte daher in einem Interview, dass der georgische Präsident Saakaschwili vor dem Konflikt keineswegs die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatte. Auch das mag seine nationalistische Politik beflügeln haben. Ebenso schürt die Perspektivlosigkeit neoliberaler Reformpolitik die Frage vom Umgang mit den Forderungen nach nationaler Unabhängigkeit ("nationale Frage"). SozialistInnen befürworten daher zwar das Recht auf nationale Unabhängigkeit - also das Recht der Menschen selbst zu entscheiden - aber nicht kritiklos alle Unabhängigkeitsbestrebungen bzw. deren nationalistische Trägergruppen. Die Menschen der Region haben letztlich nur dann eine Perspektive, wenn es gelingt neoliberalen Reformen und imperialistische Interessenspolitik gemeinsam zu bekämpfen.

Bayern: Über das Ende der absoluten CSU-Mehrheit und linke Perspektiven

Bayrische Sozialistin erobert Mandat

Am 28. September fanden in Bayern Lantags-, Bezirksstags- und Kommunalwahlen statt. Die CSU verlor über 17% und damit ihre absolute Mehrheit. Die LINKE schaffte es mit 4,3% knapp nicht in den Landtag. Dafür ziehen aber 4 LINKE-Mitglieder in Bezirkstage ein. Eine davon ist Beate Jenkner, Aktivistin der LINKEN und der SAV (deutsche Schwesterorganisation der SLP), Spitzenkandidatin für den oberbayrischen Bezirkstag. Sie beantwortet die Frage von Vorwärts kurz nach ihrer Wahl.

Im Bezirk leben rund drei Millionen Wahlberechtigte.

VORWÄRTS: Was bedeutet das Wahlergebnis für Bayern?

BEATE JENKNER: Dass die CSU ihre absolute Mehrheit verloren hat, ist ein wichtiger Schritt für mehr Demokratie in Bayern. Steigende Armut, Massenentlassungen und die unsoziale Umverteilungspolitik der letzten Jahre hat zu wachsendem Unmut innerhalb der Bevölkerung geführt. Hinzu kommt, dass viele außerparlamentarische Organisationen jetzt mehr Handlungsspielraum haben, dass betrifft aktuell die Asylpolitik sowie die Überwachungs- und die Versammlungsgesetz und die Vorratsdatenspeicherung. Das Wahlergebnis ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Mehrheit der Bevölkerung einen Politikwechsel und eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenssituation haben will.

VORWÄRTS: Du hattest ein klares kämpferisch-sozialistisches Programm für die Wahl. Was bedeutete das im Wahl-

kampf und für deine Arbeit im Bezirkstag?

BEATE JENKNER: Bei den vielen Gesprächen, die ich an Infoständen, bei Verteilaktionen und auf den verschiedensten Veranstaltungen hatte, war festzustellen, dass die Menschen ein offenes Ohr für sozialistische Forderungen haben. Der Unmut über die bestehenden Verhältnisse und die unsoziale Politik ist groß. Die Menschen wollen eine starke linke Kraft, die glaubwürdig für ihre Interessen eintritt. Und sie hören ganz genau hin, welche Positionen man vertritt und wie man sie umsetzen will. Hier hätte die Linke mit einem klaren, kämpferischen Profil viel mehr erreichen können. Die Resonanz auf meine Veranstaltungen zu den Themen Altersarmut, sowie Pflege- und Behindertenpolitik war sehr groß, unter anderem auch deshalb, weil ich nach 15 Jahren im Gesundheitswesen weiß, welche weitreichenden Folgen die sogenannten Re-

formen für die Betroffenen haben. Der Bezirkstag ist genau für diese Bereiche zuständig, und aktuell plant er neue Kürzungen, vor allem im Behindertenbereich. Ich werde im Bezirkstag nicht nur für eine sozialistische Politik eintreten, sondern in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen und den zuständigen Verbänden auf Missstände aufmerksam machen, Öffentlichkeit herstellen und wenn nötig, den Protest auch auf die Straße tragen.

VORWÄRTS: Es gab und gibt eine Reihe von Angriffen auf soziale und demokratische Rechte. Wie sieht der Widerstand dagegen aus?

BEATE JENKNER: Seit 1.10.08 ist das neue Versammlungsgesetz in Kraft. Dies bedeutet eine faktische Abschaffung der Versammlungsfreiheit, denn jeder Versammlungsleiter oder Ordner muss nicht nur im Vorfeld alle seine persönlichen Daten angeben, er kann auch ohne Begründung abge-

lehnt werden. Damit kann jede Versammlung oder Demonstration im Vorfeld verhindert werden. Widerstand gegen Sozialabbau bis hin zu Streiks ist damit nahezu unmöglich. Es läuft eine Sammelklage gegen dieses Gesetz, die nicht nur von Gewerkschaften und Organisationen, sondern auch von Parteien wie der SPD, den Grünen, der FDP usw. unterstützt wird. Durch die veränderten politischen Verhältnisse besteht die Möglichkeit, dieses Gesetz zu kippen. Gleiches gilt für die Vorratsdatenspeicherung. Aktuell wird das Gesetz aufgrund der Wahlergebnisse noch nicht konsequent umgesetzt, was wir für verschiedene Aktionen nutzen werden, vom Widerstand gegen die Krankenhausfinanzierung bis hin zum SchülerInnenstreik.

VORWÄRTS: Die SAV ist teil der LINKEN. Wie ist das Verhältnis zur Parteiführung?

BEATE JENKNER: Wir werden von Teilen der Parteiführung

für unsere kritische Haltung gegenüber der Senatspolitik in Berlin und der strikten Ablehnung, mit neoliberalen Parteien wie der SPD zusammenzuarbeiten, heftig kritisiert. Einige unserer Forderungen, wie die Enteignung der Banken und Großkonzerne haben dazu geführt, dass wir als Spalter und Linkssektierer bezeichnet wurden. Teile der Partei bemühen sich, einen Schmusekurs mit Gewerkschaftsführung und SPD zu fahren. Wir sind vielen Anfeindungen ausgesetzt, aber es gibt auch andere, kritische Stimmen innerhalb der Partei, die eine konsequente linke Politik fordern. Zusammen mit ihnen werden wir versuchen, die Partei in eine kämpferische Partei für die ArbeiterInnen und Unterdrückten in dieser Gesellschaft umzuwandeln. Denn angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise brauchen wir eine starke, sozialistische ArbeiterInnenpartei, die in der Lage ist, den Menschen eine sozialistische Alternative anzubieten.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 176

Oktober 2008

Herbstlohnrunde:

80% mehr Lohn ist nötig ... und möglich!

8 Prozent für mehr Anerkennung, 8 Prozent für mehr Gerechtigkeit (...) plakatiert die Metallgewerkschaft zur Herbstlohnrunde. Leider handelt sich nur um die deutsche und nicht die österreichische Gewerkschaftsorganisation, die mit dieser Kampagne in die Öffentlichkeit geht.

von Herbert Wanko,
SLP-Wien

Am 26. September - zwei Tage vor der Nationalratswahl - trafen sich die Verhandlungsteams von Gewerkschaft (GMTN) und Industrie zu den diesjährigen KV-Verhandlungen der Metaller. Bei diesem ersten Treffen im Haus der Industrie wurden die Forderungen für 178.000 ArbeiterInnen und Angestellte der Metallindustrie übergeben. Wie immer durften die Betroffenen nicht entscheiden, welche Forderungen sie stellen wollen. Sie wurden ja auch nicht gefragt, und konkrete Zahlen wurden auch nicht veröffentlicht. Die SpitzengewerkschafterInnen glauben offenbar ganz alleine zu wissen, was gut für uns ist. Doch warum sind dann die Reallöhne auf bzw. unter dem Niveau von 1991? Und wie will man das ändern, wenn nicht einmal öffentlich eine offensive Forderung erhoben und für diese mobilisiert wird?

Unternehmerseite frech wie nie

Im Gegensatz zur noblen Zurückhaltung der GewerkschafterInnen hat Wirtschaftskammerchef Leitl keine Probleme damit, seine Wünsche darzulegen. Die

Forderung nach Lohnabschlüssen unter der Inflationsrate sind - da muss ich ÖGB-Chef Hundstorfer ausnahmsweise einmal zustimmen - eine Frechheit. Das gleiche gilt jedoch auch für die intern kolportierte 4%-Forderung der Gewerkschaft.

8 % sind nötig

Die GMTN schreibt selbst auf ihrer Homepage, dass die Lohnabschlüsse letztes Jahr tatsächlich einen Reallohnverlust von (mindestens) 0,7 % bedeutet haben! Nimmt man die Inflationsraten der letzten Monate (zwischen 3,7 und 3,9 %) droht jeder Abschluss unter vier bis fünf %, diese negative Entwicklung fortzuschreiben. Angemessene Forderungen wären unserer Meinung nach 8 % Lohnhöhung und ein Mindestbetrag von 200,- Euro. Damit könnten die Verluste, die den ArbeitnehmerInnen Jahr für Jahr zugefügt wurden, wenigstens ein wenig gemildert werden. Ob die IG Metall diese Forderung in Deutschland wirklich durchsetzen will, scheint aber mehr als fraglich. Denn auch dort gab es in den letzten Jahren viele faule Kompromisse. Es wäre daher eigentlich notwendig, selbst die Forderung nach 8 % nicht



als Verhandlungsbasis, sondern als Untergrenze zu betrachten, für die wir bereit sind zu kämpfen. Gemeinsam - also grenzüberschreitend auf europäischer Ebene - würde das übrigens wesentlich leichter und besser gehen!

8 % sind möglich

Von den KapitalistInnen werden solche Forderungen als überzogen und unrealistisch hingestellt. Zu recht verweisen GewerkschafterInnen auf die niedrigen Lohnstückkosten (also die realen Lohnkosten im Verhältnis zur Produktivität) - sie liegen sowohl in Österreich wie in Deutschland weiter unter dem internationalen Schnitt. Gleichzeitig sind aus Sicht der UnternehmerInnen offenbar die Gewinne, die in den letzten Jahren gemacht wurden nicht überzogen. Das sel-

be gilt offenbar für die explodierenden ManagerInnengehälter, die - unabhängig von der Wirtschaftslage - jährlich im zweistelligen Prozentbereich erhöht werden. Vielmehr verlangen sie von uns, dass wir schon jetzt für die drohende Krise durch niedrige Abschlüsse bezahlen sollen. Wir meinen: Da läuft etwas grundsätzlich falsch! Ob Umverteilung möglich ist und wer für die Krise zahlen muss, ist letztlich eine Frage des Kräfteverhältnisses!

Setzen sich Interessen der Millionäre oder von Millionen ArbeitnehmerInnen durch?

Da wir von den KapitalistInnen bekanntlich nichts geschenkt bekommen, müssen wir für höhere Löhne und Verbesserungen unserer Arbeitssituation kämpfen. Wir müssen gemeinsam un-

sere Forderungen diskutieren und beschließen. Wir dürfen es nicht einer Handvoll hochbezahlter GewerkschaftsbürokratInnen und Betriebsratskaiser überlassen, über unsere Köpfe hinweg zu entscheiden und zu verhandeln.

Wir können unsere Forderungen durchsetzen und müssen nicht klein begeben.

Wir müssen in den Betrieben über die Forderungen und das Verhandlungsergebnis diskutieren und abstimmen.

Jahrzehnte lang wurde immenser Druck auf uns ausgeübt; wurde uns was uns zu steht verweigert und zusätzlich noch da und dort etwas mehr abgezweigt. Es ist an der Zeit, dass wir den Spieß umdrehen und von unserer Seite Druck erzeugen. Gemeinsam haben wir die Macht zu zeigen, dass wir uns stagnierende bzw. sinkende Reallöhne nicht mehr gefallen lassen.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at